

Im folgende Beitrag werden die vergangenen 20 Jahre vor dem Hintergrund der stattfindenden Konterrevolution gegen die 2. Befreiung NuestrAméricas dargestellt und eine Reihe von aufschlussreichen Beobachtungen und Analysen angeführt. Ein Abschnitt, der sich im Original speziell mit Ecuador beschäftigt, wurde gekürzt (1).

Der Autor und Ökonom Rafael Correa, Mitbegründer der „revolución ciudadana“ („Bürgerrevolution“) und der Partei „Alianza PAIS“, war von 2007 bis 2017 Präsident dieses Landes. Somit auch einer der Protagonisten des Epochenwandels.

Die strategische Herausforderung der lateinamerikanischen Linken. Angegriffen von der Rechten und ihren eigenen Fehlern?

Von Rafael Correa Delgado (erschieden im Internetportal nodal am 16.02.2018)

überarbeitet von Carlos Troger



Rafael Correa Delgado. Präsident von Ecuador 2007 - 2017

Der Epochenwandel

Nach der langen und traurigen neoliberalen Nacht der 1990er Jahre, an der ganze Nationen wie Ecuador zerbrochen sind, und seitdem Hugo Chávez Ende 1998 die Präsidentschaft der Republik Venezuela gewann, begannen die rechten und unterwürfigen Regierungen des Kontinents wie Kartenhäuser zusammenzufallen. In NuestrAmérica bildeten sich Regierungen des Volkes, dem Sozialismus des Buen Vivir (würdig, gut leben) verpflichtet.

2009, auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung, hatten von den zehn Ländern Südamerikas, die spanisch bzw. portugiesisch sprechen, acht linke Regierungen. Außerdem gab es in Zentralamerika und der Karibik die Frente Farabundo Martí in El Salvador, den Sandinismus in Nicaragua, Álvaro Colom

in Guatemala, Manuel Zelaya in Honduras und Leonel Fernández in der Dominikanischen Republik. In Ländern wie Guatemala, mit Álvaro Colom, oder Paraguay, mit Fernando Lugo, war es das erste Mal in der Geschichte, dass die Linke an die Macht gelangte. Im letzten Fall wurde sogar die jahrhundertalte Konstante eines Zweiparteiensystems ausgehebelt.

Im Mai 2008 entstand die Union südamerikanischer Nationen (UnaSur) und im Februar 2010 wurde die Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (Celac) gegründet, mit 33 Mitgliedern. Von den 20 spanisch bzw. portugiesisch sprechenden Ländern der Celac hatten 14 linke Regierungen, also 70 Prozent.

Der erste Teil des 21. Jahrhunderts waren zweifellos gewonnene Jahre.

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fortschritte waren historisch und setzten die Welt in Erstaunen. All das in einer Atmosphäre der Souveränität, der Würde, der Autonomie, mit eigener Präsenz auf dem Kontinent und in der ganzen Welt. Natürlich hat die günstige weltwirtschaftliche Situation sehr geholfen. Die Rohstoffe, die speziell Südamerika exportiert, waren in diesen Jahren teuer, aber der große Unterschied ist, dass dieser Reichtum endlich in das Buen Vivir unserer Völker investiert wurde.

Lateinamerika erlebte keine Epoche des Wandels, sondern einen wahren Epochenwandel, der auch das geopolitische Gleichgewicht der Region wesentlich veränderte. Daher war es für die faktischen Mächte und hegemonialen Länder unerlässlich, diesen Veränderungsprozessen zugunsten der großen Mehrheiten und für die zweite, endgültige regionale Unabhängigkeit ein Ende zu setzen.

Die konservative Restauration

Obwohl die Regierung von Hugo Chávez bereits 2002 einen misslungenen Staatsstreich erdulden musste, ist es in Wirklichkeit seit 2008, dass sich die nicht demokratischen Versuche intensivieren, um die progressiven Regierungen zu stürzen: in Bolivien 2008, Honduras 2009, Ecuador 2010 und Paraguay 2012. Vier Destabilisierungsversuche, zwei davon erfolgreich – Honduras und Paraguay – und alle gegen linke Regierungen (2).

(1) Der gesamte Artikel ist unter „www.amerika21.de“ am 02.03.2018 auf deutsch übersetzt erschienen.

(2) In diese Periode fällt auch die merkwürdige „Krebs-Epidemie“, von der führende linke Persönlichkeiten „befallen“ wurden: Fernando Lugo, Evo Morales, Dilma Rousseff, Lula da Silva und vor allem Hugo Chávez, der daran am 5. März 2013 verstorben ist. Das gab es vorher und nachher nicht...



Ab 2014, den veränderten Wirtschaftszyklus ausnützend, festigen sich diese entlarvten Destabilisierungsaktivitäten und bilden eine wirkliche «Konservative Restauration», mit nie gesehenen Koalitionen der Rechten, internationaler Unterstützung, unbegrenzten Ressourcen, ausländischer Finanzierung usw. Die Reaktionäre haben sich aufmunitioniert, sie haben Schranken und Skrupel verloren. Jetzt haben wir die Hetzjagd und den Wirtschaftsboykott gegen Venezuela, den parlamentarischen Putsch in Brasilien und die Vergerichtung der Politik – lawfare (3) –, wie uns die Fälle von Dilma (Rousseff) und Lula (da Silva) in Brasilien, Cristina (Fernández de Kirchner) in Argentinien und des Vizepräsidenten Jorge Glas in Ecuador beweisen. Die Versuche, Unasur zu zerstören und die Celac zu neutralisieren sind ebenfalls offensichtlich und nicht selten unverschämt. Ganz zu schweigen davon, was im Mercosur vor sich geht. Das Scheitern des ALCA zu Beginn des Jahrhunderts (4) soll

mit der Pazifik- Allianz (5) überwunden werden.

Derzeit gibt es in Südamerika nur noch drei fortschrittliche Regierungen: Venezuela, Bolivien und Uruguay. Die ewigen Mächte, die Lateinamerika immer beherrscht haben und in Rückständigkeit, Ungleichheit und Unterentwicklung versinken ließen, kehren rachsüchtig zurück, nach mehr als einem Jahrzehnt ununterbrochener Niederlagen.

Die strategischen Eckpunkte der konservativen Restauration

Die reaktionäre Strategie ist regional strukturiert und basiert hauptsächlich auf zwei Achsen: dem angeblichen Scheitern des linken Wirtschaftsmodells und der behaupteten fehlenden moralischen Kraft der fortschrittlichen Regierungen.

Was die erste Achse angeht, so erlitt die gesamte Region seit dem zweiten Halbjahr 2014 aufgrund eines widrigen

internationalen Umfelds eine Dämpfung des Wirtschaftswachstums, die in den beiden letzten Jahren zur Rezession wurde. Die Wachstumsraten lagen bei 1,2, -0,2 und -0,8% für jeweils die Jahre 2014, 2015 und 2016. Die Ergebnisse sind ungleich, je nach Land und Subregion, Spiegelbild der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und angewandten Wirtschaftspolitiken. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Ländern wie Venezuela oder Brasilien werden jedoch als Beispiel für das Scheitern des Sozialismus dargestellt, während Uruguay mit einer linken Regierung das am weitesten entwickelte Land südlich des Rio Bravo ist oder Bolivien die besten makroökonomischen Indikatoren des Planeten aufweist.

(...)

In Ecuador haben die heteroorthodoxen Wirtschaftspolitiken bewiesen, dass sie wirkungsvoller sind, sowohl in Zeiten des Wachstums wie auch der Rezession. Zwischen 2007 und 2017 hat Ecuador die Größe seiner Wirtschaft mehr als verdoppelt, das Wirtschaftswachstum lag über dem Durchschnitt der Region und es war das Land in der Region, das die Einkünfte der Armen am meisten erhöht und auch am meisten die Kluft zwischen Arm und Reich verringert hat. Mehr als zwei Millionen Menschen konnten aus der Armut herauskommen, d.h. eine Verminderung um 12,5%.

Das Problem ist, dass diese ökonomischen Analysen die Leute kaum interessieren. Sie sehen nur, dass ihre Geschäfte in den letzten Jahren weniger verkaufen, dass es für ihre Kinder schwieriger geworden ist, Arbeit zu finden und ihre Einnahmen nicht mehr wie vorher ansteigen. Das hat eine gewisse Presse sehr gut ausgenutzt, spezialisiert im Manipulieren, nicht im Informieren. Eine kontinentale Rezession und zudem im Falle Ecuadors ohne eigene Währung (6) - die Folgen lasten sie den wirtschaftspolitischen Maßnahmen an, nicht den Strukturen unserer Ökonomien. In anderen Fällen wollen sie glauben machen, diese Strukturen

(3) In Anlehnung an das englische Wort „warfare“/ Kriegsführung ist „lawfare“ entstanden.

(4) Die von den USA betriebene gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA), gegen die sich in Lateinamerika eine breite Protestbewegung gebildet hatte, wurde beim Amerikagipfel 2005 in Mar del Plata / Argentinien von den Präsidenten Argentinien (Néstor Kirchner), Venezuelas (Hugo Chávez) und Brasiliens (Luiz Inácio Lula da Silva) zu Fall gebracht.

(5) Gegründet von den USA-hörigen Regierungen der Länder Mexiko, Kolumbien, Peru und Chile.

(6) Der US\$ ist seit 18 Jahren die offizielle Währung des Landes.

könnten innerhalb weniger Jahre geändert werden und dies nicht erreicht zu haben sei angeblich ein Beweis für das "Scheitern" der Linken. Während die Regierungen der Rechten kritisiert wurden, nichts getan zu haben, werden die linken Regierungen kritisiert, nicht alles getan zu haben.

Die zweite Achse der neuen Strategie gegen die fortschrittlichen Regierungen ist die Moral. Das Thema Korruption ist zu einem wirkungsvollen Instrument geworden, um die politischen Prozesse national-popularen (7) Charakters in NuestrAmérica zu zerstören. Der exemplarische Fall ist Brasilien, wo mit einer sehr gut organisierten politischen Operation die Absetzung von Dilma Rousseff aus der Präsidentschaft Brasiliens erreicht wurde. Hinterher zeigte sich, dass die Absetzung nicht im Geringsten mit den Anschuldigungen zu rechtfertigen war. In Ecuador wird exakt nach diesem Drehbuch vorgegangen, gegen den Vizepräsidenten der Republik Jorge Glas.

Bei dieser Strategie des „lawfare“ beginnt man mit irgendeiner Anschuldigung von großer Wirkung und wenig Substanz; dann kommt ein Medienbombardement, um eine mögliche Unterstützung des ausgewählten Opfers auszuschalten; und schließlich wird die Frage von Schuld oder Unschuld ein irrelevantes Detail sein für Richter, die unter politischem und medialem Druck stehen. Sie versuchen gar nicht mehr, begründet Urteil zu sprechen, sondern sie suchen Gründe für die Verurteilung, die bereits von den Medien und der "öffentlichen Meinung" festgelegt wurde.

Wer könnte gegen einen wirklichen Kampf gegen die Korruption sein? Genau das haben wir in Ecuador in den vergangenen zehn Jahren gemacht, in denen wir die bestehende institutionalisierte Korruption beseitigt haben. Der angebliche Antikorruptionskampf der Rechten und ihrer Medien ist absolut unaufrichtig und ausschließlich ein Instrument des politischen Angriffs, wie es der Kampf gegen den Drogenhandel in den 90er Jahren war oder seinerzeit der Kampf gegen den Kommunismus. Für einen wirklichen Kampf gegen die Korruption würde es zum Beispiel genügen, die Steuerparadiese zu verbieten,



Evo Morales, Manuel Zelaya, Daniel Ortega, Hugo Chávez und Rafael Correa bei der ALBA-Konferenz im April 2009

über die praktisch die gesamte Korruption läuft, mit der wir konfrontiert sind.

Sie erzählen uns über mangelnde Kontrollen, Nachgiebigkeit, Systeme der Korruption. Welche Kontrolle ermöglicht es, Bestechungsgelder auf einem geheimen Konto in einem Steuerparadies aufzuspüren? In Ecuador sind die Kontrollen so stark, dass die Herkunft von Einlagen von über 10.000 US-Dollar nachgewiesen werden muss, aber in Steuerparadiesen können Millionen deponiert werden, ohne dass jemand etwas meldet.

Und natürlich zeichnen die Medien das Bild, dass der Staat Schuld an der Korruption ist, dass die öffentliche Hand, im Gegensatz zur Privatwirtschaft, die Ursache der Probleme ist. Die Realität ist, dass – wie im Fall Odebrecht, dem brasilianischen Bauunternehmen, das eine regelrechte Korruptionsstruktur in zwölf Ländern aufgebaut hat – die Korruption größtenteils vom Privatsektor vorangetrieben wird. In Ländern wie Deutschland konnten seine Unternehmen bis vor kurzem die Ausgaben für illegale Zahlungen in unseren Ländern von der Steuer absetzen.

Weltweit existiert eine große Heuchelei im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Korruption. Es sei darauf hingewiesen, dass Ecuador das erste Land

der Welt ist, das mittels einer Volksbefragung ein Gesetz verabschiedet hat, das Staatsangestellten verbietet, in Steuerparadiesen irgendwelche Operationen durchzuführen. Dadurch ist es schon eine Straftat, diese Schlupflöcher auch nur zu benutzen, aber diese existieren dennoch.

Zusammenfassend: Nicht nur das Modell soll zerstört werden, sondern auch die Errungenschaften der fortschrittlichen Kräfte, indem vor allem durch die Medien die fast unausweichlichen Probleme der Machtausübung aufgebläht und verallgemeinert werden.

Ist die Linke Opfer ihres eigenen Erfolgs?

Wahrscheinlich ist die Linke auch Opfer ihres eigenen Erfolgs. Wie der Wirtschaftsausschuss für Lateinamerika und die Karibik der Vereinten Nationen (Cepal) ausweist, sind im letzten Jahrzehnt fast 94 Millionen Menschen der Armut entkommen und Teil der regionalen Mittelschicht geworden, was in der großen Mehrzahl der Fälle das Ergebnis der Maßnahmen der linken Regierungen war.

Wie die 37,5 Millionen Menschen in Brasilien, die nun zur Mittelschicht gehören. Aber diese Millionen waren keine Kraft, die sich mobilisierte, als ein der Korruption beschuldigtes Parlament Dil-

(7) Das spanische Wort „popular“ (im Interesse der Mehrheiten) findet im Deutschen keine gleichwertige Übersetzung.

ma Rousseff absetzte. Es gibt Menschen, die die Armut überwunden haben und die jetzt, obwohl sie viel höhere Einkommen haben, noch mehr fordern und sich arm fühlen. Nicht wegen dem, was sie bereits haben und erst recht nicht gegenüber dem, was sie früher hatten, sondern in Bezug auf das, was sie anstreben. Das wird oftmals als objektiver Wohlstand und subjektive Armut bezeichnet.

Diese neue Mittelklasse, die durch die erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik der Linken aufgestiegen ist, verlangt einen neuen Diskurs und eine neue Botschaft. Ihre Forderungen sind nicht nur anders, sondern sogar denen der Armen entgegengesetzt. Sie erliegen leichter den Sirenenrufen der Rechten und ihrer Presse, die ihnen allen einen Lebensstil à la New York vorgaukeln.

Die Linke ist immer gegen den Strom geschwommen, zumindest in der westlichen Welt. Es stellt sich die Frage, ob sie etwa gegen die menschliche Natur kämpft?

Das Problem ist noch viel komplexer, wenn wir zudem die hegemoniale Kultur (im Sinne von Gramsci) berücksichtigen, die von den Medien konstruiert wird. Das heißt, sie wollen erreichen, dass die Wünsche der großen Mehrheiten den Interessen der Eliten dienlich sind. Ein dramatisches Beispiel war die Ablehnung des Erbschaftsgesetzes, das in Ecuador versucht wurde einzuführen und das aus einer viel progressiveren Besteuerung großer Erbschaften bestand. Trotz der Tatsache, dass nur drei Promille der Bevölkerung Ecuadors eine Erbschaft erhalten und die neue Steuer nur die großen betraf, das heißt, 0,004 Prozent der Erbschaften, was bei einer Bevölkerung von 16 Millionen etwa 172 Personen im Jahr entspricht, gingen viele Arme und viele aus der Mittelklasse auf die Straße und protestierten gegen eine Steuer, die sie niemals würden bezahlen müssen – größtenteils manipuliert von den Medien.

Unsere Demokratien müssen als Mediendemokratien bezeichnet werden. Die Kommunikationsmedien sind ein wichtigerer Bestandteil im politischen Prozess als die Parteien und Wahlsysteme; sie sind zu den wichtigsten Oppositionsparteien der fortschrittlichen Regierungen geworden; und sie sind die wahren Repräsentanten der politischen Macht der Unternehmerschaft und der Rechten.

Es spielt keine Rolle, was den großen Mehrheiten nützt, was in der Wahlkampagne vorgeschlagen wurde und was das Volk, der Auftraggeber in jeder Demokratie, an den Wahlurnen entschieden hat. Was zählt ist, was die Medien in ihren Schlagzeilen gutheißen oder ablehnen. Sie haben den Rechtsstaat durch den Meinungsstaat ersetzt.

Gibt es eine „strategische Herausforderung“?

Die Linke der Region ist mit den Problemen konfrontiert, die Macht auszuüben – oder ausgeübt zu haben – oftmals erfolgreich, aber zermürbend.

Es ist unmöglich zu regieren und alle zufrieden zu stellen, vor allem, wenn so viel soziale Gerechtigkeit gefordert ist. In Ecuador haben wir uns große Feinde gemacht und wurden beschuldigt, das Land "polarisiert" zu haben, weil wir den einfachen Menschen eine Stimme gegeben haben, den Armen Möglichkeiten, den Arbeitern Rechte

und unseren Kleinbauern Würde. Weil wir denjenigen die Macht zu entrissen haben, die immer schon von der Macht profitiert haben – die Banken, die Medien, die Parteienherrschaft. Es wird vergessen, dass es für die Hälfte des Erreichten vor einigen Jahrzehnten einen Bürgerkrieg gegeben hätte. Wir haben es geschafft, indem wir immer wieder Wahlen gewonnen haben.

Wenn man als Linke mit drei Prozent Zustimmung in ständiger Opposition ist, ohne Aussicht auf Machtausübung, gewohnt zu protestieren aber nicht vorzuschlagen, versteht man nicht was es bedeutet, in widrigen wirtschaftlichen Situationen regieren zu müssen, oder Verrätern gegenüberzustehen, die der Versuchung von Macht und Geld erlegen sind.

Es ist klar, dass die einzige Schlacht, die ein Revolutionär nicht verlieren darf, die moralische Schlacht ist. Aber eine vertrauenswürdige Regierung ist nicht diejenige, die niemals Korruptionsfälle erlitten hat, sondern die, die diese niemals toleriert hat. Das nicht zu verstehen, verwirrt viele AktivistInnen in den eigenen Reihen und untergräbt die Einheit und Stärke der progressiven Bewegungen, indem man sich selbst angesichts der ersten Schwierigkeiten demoralisiert und den Gegnern oftmals fälschlicherweise Recht gibt.

Man muss immer selbstkritisch sein, aber es geht auch darum, uns selbst zu vertrauen. Die fortschrittlichen Regierungen werden ständig attackiert, die Eliten und ihre Medien verzeihen uns keinen einzigen Fehler. Sie wollen unsere Moral schwächen und uns an unseren Überzeugungen, Vorschlägen und Zielen zweifeln lassen. Deshalb ist die größte "strategische Herausforderung" der lateinamerikanischen Linken vielleicht zu verstehen, dass jeder transzendente Prozess Fehler und Widersprüchlichkeiten haben wird – aber auch, wie Ignatius von Loyola (8) gesagt hat, zu verstehen dass in einer belagerten Festung jede Uneinigkeit Verrat ist.



(8) Der Gründer der „Gesellschaft Jesu“, die später „Jesuiten“ genannt wurden.

„Norte“ bedeutet auf Spanisch sowohl „Norden, Nordpol“ als auch „Wegweiser, Ziel“. Dementsprechend wäre unter **„Nuestro Norte es el Sur“** zu verstehen: **„Unsere Orientierung ist der Süden“**. Ein selbstbewusstes: „Was Euch der Norden ist, ist uns der Süden“. Eine Zurückweisung des (Kultur-) Kolonialismus des Nordens, und vor allem eine Haltung, die den eigenen Wurzeln und der eigenen Stärke vertraut.

Der Norden ist eingeladen, zu respektvollen gleichberechtigten Beziehungen mit dem Süden zu finden und vom Süden zu lernen ... **wenn wir wirklich das Gleichgewicht der Welt finden wollen!**

Diese **CUBA SI-Rubrik** stellt unseren LeserInnen Analysen und Sichtweisen aus Nuestra América vor; Aktuelles, gesehen, gesagt und geschrieben **„desde el Sur“**.

In der ersten Jahreshälfte 2016 erschienen in dieser Rubrik Beiträge von argentinischen Autoren. Mit gutem Grund. Nach gewonnener Wahl hatte Mauricio Macri im Dezember 2015 die Präsidentschaft angetreten. Zur Amtseinführung legt das scheidende Staatsoberhaupt traditionell dem neuen die Präsidentschaftsschleife an – Macri verweigerte das. Ist eine stärkere Ansage für den kommenden totalen Bruch vorstellbar?

An der Spitze Argentiniens agiert nun dieser Konzernchef-Sprössling, dieser undurchsichtige „Geschäftsmann“ mit seinen Steuerparadies-Konten. Er war Präsident des Fußballklubs Boca Juniors (1), bis er zum Bürgermeister des antiperonistischen, mehrheitlich bürgerlich-konservativ eingestellten Buenos Aires gewählt wurde (2). Er errang dort mit seiner extrem neoliberalen Politik eine weitere Amtszeit und konterkarierte, wo es nur ging, die souveränistische Wiederaufbaupolitik der Präsidentschaften von Nestor Kirchner und Cristina Fernández.

Die zweite Hälfte von Macris Amtszeit läuft. Der zu Beginn befürchtete Rückschritt ist auf allen Ebenen weit schlimmer ausgefallen als angenommen. Seitdem findet ein Rachefeldzug gegen „die da unten“ statt, eine Bestrafung für eine Politik, die die Bevölkerungsmehrheiten begünstigt hat. Die heimische Elite plündert Land und Leute aus, ohne Skrupel, denn sie fühlt sich in ihrem angestammten Recht. Die „populistische Entgleisung“ der Jahre 2004-2015 muss ausradiert und ihre politischen Akteure ausgeschaltet – vor allem Cristina Fernández. Der asoziale, dem „Markt“ angepasste Menschentypus muss implementiert werden. Chile lässt grüßen. Den Dialog predigend wird so repressiv gegen soziale Proteste und politisch Andersdenkende vorgegangen wie seit der zivil-militärischen Diktatur von 1976-1983 nicht mehr. Ein demokratisch gewähltes diktatorisches Regime der Oligarchie.

Die Versuche, Macri zur Leitfigur der entfesselt agierenden alten Neuen Rechten in NuestrAmérica aufzubauen, scheiterten, denn der Mann hat kein Charisma, keine Eloquenz. Stattdessen reichlich technokratische Geistlosigkeit. Aber: Er und seine Seilschaften ermöglichten, Argentinien zu einer Art Laboratorium der Neuen-Welt-Ordnung zu machen. In diesem Großversuch wird getestet, wie weit und wie schnell die hemmungslose Ausbeutung und Verelendung der Mehrheiten abgewickelt werden kann. Stramm auf Linie des Imperiums trägt die in Gang gesetzte Rekolonialisierung Argentiniens erheblich zur neuerlichen Unterwerfung NuestrAméricas bei. Sabotage der regionalen souveränistischen Strukturen, hin zur Wiederherstellung des „US-Hinterhofes“. Die desaströsen Konsequenzen der Macri-Politik verschonen auch seine Wählerschaft nicht. Der Widerstand wächst.

Im Folgenden gibt André Dahlmeyer, der regelmäßig in der Tageszeitung „Junge Welt“ unter der Rubrik „latin lovers“ seine ungewöhnlichen Fußballkolumnen schreibt, einen Eindruck von der aktuellen Lage in Argentinien. Gerne darf dies auch als ein Vorgriff auf die kommende Fußballweltmeisterschaft in Russland gesehen werden, in der die argentinische Mannschaft eine nicht unerhebliche Rolle spielen wird.

Bombenstimmung!

Von André Dahlmeyer, jungeWelt vom 28.02.2018

Einen wunderschönen guten Morgen! Während Argentinien wie jeden Sommer in vielen Landesteilen von verheerenden Bränden, Überschwemmungen, Erdbeben und brutalstmöglicher Dürre verwüstet wird, ist auch im Silberland der Carnaval zu Ende gegangen. Dieses Jahr war den Leuten nicht so recht nach Feiern zumute. Die Murgas (3) blieben blass, die Trommeln sind verstummt. Erneut ist der argentinische Peso stark abgewertet worden, die Inflation kann sich nicht zwischen Trab und Galopp entscheiden, ist aber dennoch die zweithöchste weltweit, die Mieten explodieren, Behinderte sollen bluten (die Rentner tun es schon) und in Kürze werden Ausländer in argentinischen Krankenhäusern zur Kasse gebeten – als erste Provinz hat sich Jujuy im äußersten Nordwesten dazu entschieden. Geht es nach

deren Gesundheitsminister, dürfen etwa Bolivianer künftig nur noch einreisen, wenn sie eine Krankenversicherung nachweisen können.

Das gesellschaftliche Klima wird unter der Regierung Macri immer rauher. Sie gilt als »dritte Regierung der Radicales«. Zwar ist Macris Partei »Propuesta Republicana« ein Sammelbecken verquaster Esoteriker, »Grüner« und CEO (die praktisch alle Minister stellen). Indes war Macris Wahlsieg Ende 2015 nur möglich, weil man unter der Rädelsführerschaft der Kongressabgeordneten Elisa Carrió das Parteienbündnis »Cambiamos« schloss, in dem die »Unión Cívica Radical« (UCR) vorherrschend ist. Das sind Argentiniens »Sozialdemokraten«, die fast flächendeckend auf dem Land